Deutscher Bundestag

14. Wahlperiode 17. 10. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Peter Rauen, Dr. Angela Merkel, Friedrich Merz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

– Drucksache 14/6436 –

Zehn-Punkte-Programm zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes

A. Problem

Drohende weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland auf Grund der Entwicklung der konjunkturellen Frühindikatoren und Gefahr einer wirtschaftlichen Rezession. Erfordernis der Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft und damit gleichzeitig des Arbeitsmarktes.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

E. Sonstige Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen, den Antrag – Drucksache 14/6436 – abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2001

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Matthias WissmannGunnar UldallVorsitzenderBerichterstatter

Bericht des Abgeordneten Gunnar Uldall

I.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/6436 – wurde in der 180. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. Juni 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Tourismus und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 25. September 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Der Ausschuss für Sozialordnung hat den Antrag in seiner Sitzung am 25. September 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Der Ausschuss für Gesundheit hat die Vorlage in seiner 105. Sitzung am 25. September 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Der Ausschuss für Tourismus hat den Antrag in seiner Sitzung am 25. September 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktionen der FDP und PDS die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 10. Oktober 2001 beraten und mehrheitlich empfohlen, den Antrag abzulehnen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gefasst.

III.

In ihrem Antrag nimmt die Fraktion der CDU/CSU Bezug auf die gegenwärtige Wirtschaftslage in Deutschland und stellt fest, dass diese sich in den letzten Monaten in Besorgnis erregendem Tempo verschlechtert hat. Es wird insbesondere darauf hingewiesen, dass die bestehenden Kernprobleme nicht konjunktureller, sondern struktureller Art sind. Angesichts der deutlich nach unten korrigierten Wachstumsprognosen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute besteht nach Auffassung der Antragsteller die reale Gefahr, dass die Wachstumsschwäche in eine Rezession mündet. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, in einem Zehn-Punkte-Programm die deutsche Wirtschaft und damit gleichzeitig den Arbeitsmarkt durch grundlegende Reformen wiederzubeleben. Über eine schnellstmögliche Umsetzung dieses Programmes sollen die Fehlentwicklungen der vergangenen beiden Jahre korrigiert und der deutschen Wirtschaft wieder zu alter Stärke verholfen werden.

IV.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/6436 – in seiner 62. Sitzung am 25. September 2001 beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gefasst.

Berlin, den 25. September 2001

Gunnar Uldall Berichterstatter

